



# Österreichischer Gemeindebund

An das  
Bundesministerium für  
Justiz

Per E-Mail: [kzl.b@bmj.gv.at](mailto:kzl.b@bmj.gv.at)  
[begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)

Wien, am 28. Oktober 2009  
Zl. B-026/271009/DR

GZ: BMJ-B10.075/0004-I 7/2009

**Betreff: BG, mit dem das Unternehmensgesetzbuch und das Einkommensteuergesetz 1988 geändert werden (Rechnungslegungsrechts-Änderungsgesetz 2010 – RÄG 2010)**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Österreichische Gemeindebund erlaubt sich zu obig angeführtem Gesetzesentwurf **auf den Umstand hinzuweisen**, dass in dem Entwurf von einem Einnahmenentfall bei der Einkommenssteuer jährlich von 1 Mio. Euro bis max. 5 Mio. Euro ausgegangen wird. Ebenso soll es einmalig bei der Umsatzsteuer zu einem Ausfall von rund 20 Mio. Euro kommen.

Der Österreichische Gemeindebund spricht sich jedenfalls gegen diesen Entwurf aus, sollte sich der Entfall der Einnahmen negativ auf die Gemeinden auswirken.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Österreichischen Gemeindebund:

Der Generalsekretär:

Hink e.h.

Dr. Robert Hink

Der Präsident:

Mödlhammer e.h.

Bgm. Helmut Mödlhammer